

Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen als Informationsgrundlage für regionale Wirtschaftspolitik

Ein Beitrag zur Statistikreform in der Volksrepublik China

Die wirtschaftliche Öffnung Chinas in Verbindung mit zunehmend marktwirtschaftlich geprägten Entwicklungen in fast allen Wirtschaftssektoren stellt die amtliche Statistik des Landes vor eine große Herausforderung. Sie erfordert eine umfassende Neuorientierung sowohl hinsichtlich ihrer Informationsinhalte einschließlich der bisher angewandten Methoden und Verfahren als auch hinsichtlich ihres institutionellen Arbeitsauftrags und ihrer Organisationsstrukturen. Die mit dieser dringlichen Aufgabe verbundenen Arbeiten können von der chinesischen amtlichen Statistik nicht allein bewältigt werden. Die Regierung der Volksrepublik China hat sich deshalb in den letzten Jahren verstärkt an die internationalen Organisationen, an die Europäische Kommission und an westliche Geberländer gewandt und um technische Hilfe bei der Neuordnung der amtlichen Statistik des Landes gebeten. Zwischen dem State Statistical Bureau der Volksrepublik China und dem Statistischen Bundesamt existiert seit längerem eine Partnerschaft. Baden-Württemberg hat (so auch Nordrhein-Westfalen) eine Kooperationsvereinbarung mit der Provinz Jiangsu. Der Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Dr. Eberhard Leibing, besuchte Anfang Mai dieses Jahres als Teilnehmer einer Delegation des Statistischen Bundesamtes mit weiteren Leitern Statistischer Landesämter für eine Woche China, um der dortigen amtlichen Statistik bei der Neuordnung zu helfen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ referierte Dr. Leibing in Nanjing, der Hauptstadt der Provinz Jiangsu, über die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die regionale Wirtschaftspolitik. Nachfolgend wird der Vortrag von Präsident Dr. Leibing im vollen Wortlaut wiedergegeben.

Amtliche Statistik – Quelle qualifizierter Informationen

In Deutschland sagt man: „Lügen haben kurze Beine“. Der große Deng Xiaoping sagte: „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen.“ Beide Aussagen unterstreichen die generelle Bedeutung, die qualifizierte Informationen als Grundlage für eine sachliche Politik haben.

Garant für die hohe Qualität der amtlichen Daten sind die gesetzlich verankerten Grundsätze der Neutralität, Objektivität, wissenschaftlichen Unabhängigkeit und statistischen Geheimhaltung sowie die generell geltende Auskunftspflicht.

Weil die Arbeit der amtlichen Statistik auf die kontinuierliche Bereitstellung sektoraler und regionaler Daten ausgerichtet ist, entfällt auf sie die Schlüsselrolle bei der Schaffung einer statistischen Infrastruktur. Sie beschränkt sich auf Fakten, also die sogenannten „harten“ Daten, und überläßt die Gewinnung und Analyse von „weichen“ Daten, wie Meinungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen, anderen Institutionen. Die amtliche Statistik informiert in erster Linie die Öffentlichkeit. Darüber hinaus erfüllt sie eine wichtige Funktion in der Bereitstellung führungsrelevanter Informationen und in der qualifizierten Politikberatung. „Gut informiert sein“ gehört zu den Grundprinzipien der dem freien Wettbewerb verpflichteten Markt-

wirtschaft. Insofern leistet auch die amtliche Statistik einen wertvollen Beitrag dazu, die Fehllenkung knapper Ressourcen zu vermeiden und sie nach den Regeln des Marktes der jeweils optimalen Verwendung zuzuführen.

Die in Deutschland gültigen Statistikgesetze sowie die föderale Organisationsstruktur der amtlichen Statistik haben entscheidend dazu beigetragen, daß diese zu einem angesehenen und anerkannten Gesprächspartner in Informationsfragen geworden ist. Die große Nachfrage nach amtlichen statistischen Informationen sind dafür ein trefflicher Beleg.



Die deutsche Delegation mit der Leitung des Statistischen Amtes der 15-Millionen-Stadt Peking.

Bedeutung und Inhalte der VGR

Nationalökonomien und Statistiker haben sich schon sehr früh darum bemüht, Wirtschaftsprozesse zu systematisieren und das globale Ergebnis des Wirtschaftens in gesamtwirtschaftlichen Indikatoren zu erfassen. Die Anfänge reichen zurück bis ins 18. Jahrhundert, als *Francois Quesnay* (1694 bis 1774) – wohl inspiriert vom Blutkreislauf des Menschen – mit seinem „Tableau économique“ das erste Denkmodell eines geschlossenen ökonomischen Kreislaufs vorgestellt hat.

Viele Größen und Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sind aber der unmittelbaren statistischen Erfassung nicht zugänglich und müssen über komplexe Berechnungsvorgänge näherungsweise ermittelt werden. Dieses Streben fand seine Perfektion in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die seit Ende des Zweiten Weltkrieges ein nicht mehr hinwegzudenkender Bestandteil der amtlichen Statistik Deutschlands sind. Eingebettet ist die deutsche VGR in das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), das seinerseits aus dem weltweit gültigen System of National Accounts (SNA) abgeleitet ist.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verfolgen das Ziel, ein monetäres – das heißt in der jeweiligen Landeswährung bewertetes – Bild des gesamten Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum zu geben. Von ihnen wird erwartet, daß sie die gesamtwirtschaftlichen Vorgänge zutreffend erfassen und daß ihre Ergebnisse aktuell sind. Auch sollen die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren in der Zeitreihe und zwischen den Regionen vergleichbar sein. Daneben besteht die Forderung, die Ergebnisse auch in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung darzustellen.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen basieren in ihrer theoretischen Konzeption auf dem Kreislaufmodell, das beschreibt, in welcher wechselseitigen Beziehung die Sektoren einer Volkswirtschaft zueinander stehen. Es werden in der Grobgliederung die Sektoren Unternehmen, Staat und private Haushalte unterschieden; in der Feingliederung ist auch eine Unterscheidung nach Wirtschaftsbereichen möglich. Grundsätzlich können der Wirtschaftskreislauf und damit die Ergebnisse der Gesamtwirtschaft von mehreren Seiten aus betrachtet werden (*Übersicht 1, deutsche Fassung und chinesische Übersetzung für die Präsentation in China*).

- Die Entstehungsrechnung ist ausschließlich produktionsorientiert. Sie umfaßt alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und ermittelt auch die unmittelbar mit der Produktion entstandenen Einkommen. Der bekannteste Indikator der Entstehungsrechnung ist das Bruttoinlandsprodukt, das den Wert aller im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen mißt.
- Die Verteilungsrechnung beleuchtet die Einkommensseite des Wirtschaftens. Die zentralen Größen sind hier das Bruttosozialprodukt und das Volkseinkommen, die Summe der von den inländischen Sektoren durch den Einsatz von Kapital und Arbeit erwirtschafteten Einkommen. Wichtig ist auch das den privaten Haushalten im Umverteilungsprozeß zugeflossene verfügbare Einkommen, das letztendlich zum Konsumieren oder Sparen zur Verfügung steht.
- Die Verwendungsrechnung trifft eine Aussage zur Art und Weise der letzten Entnahme der Güter und Dienstleistungen aus dem Markt. Güter lassen sich je nach Verwen-

dungszweck konsumieren, investieren, exportieren bzw. importieren oder zählen zum Angebot öffentlicher Dienstleistungen. Das heißt, daß in der Verwendungsrechnung die Aggregate Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Exporte und Importe berechnet werden.

- Die Vermögensrechnung gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der Vermögensbildung und ihrer Finanzierung. Vermögen entsteht durch die Bruttoinvestitionen, denen die Abschreibungen als Wertminderung der Anlagen durch technischen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten gegenüberstehen.
- Die Finanzierungsrechnung zeigt, wie sich in den einzelnen Sektoren die Finanzierung aus Veränderungen der Forderungen einerseits und Veränderungen der Verbindlichkeiten andererseits zusammensetzt.

Nutzanwendung in der politischen Praxis

Bei uns nennt man die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die „Königsdiziplin“ der amtlichen Statistik: Zum einen verdichtet dieses netzartige Rechensystem eine Vielzahl statistischer Quellen zu anschaulichen und kompakten Indikatoren der Gesamtwirtschaft, zum anderen gibt ihr Facettenreichtum gleichzeitig Antwort auf die verschiedensten makroökonomischen Fragestellungen. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind das umfassendste Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung und stellen somit für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine unersetzliche Grundlage für die Analyse, Diagnose und Prognose des wirtschaftlichen Geschehens dar.

So gibt das Bruttoinlandsprodukt Auskunft über das gesamtwirtschaftliche Wachstum und den Konjunkturverlauf. Zur Ermittlung des Standes des Konjunkturzyklus werden kurzfristige Berechnungen durchgeführt, die mit den Frühindikatoren (zum Beispiel Auftragseingänge) und unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (zum Beispiel Zinsniveau, Wechselkurse, Steuerquoten, Weltkonjunktur etc.) erste Trendaussagen erlauben.

Für Strukturuntersuchungen der Gesamtwirtschaft liegt das Bruttoinlandsprodukt auch nach Wirtschaftsbereichen vor, die in der Grobgliederung die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, das Produzierende Gewerbe und die privaten/öffentlichen Dienstleister umfassen. Mit der Strukturuntersuchung werden auch die Wirtschaftsbereiche nach ihrem Produktivitätsbeitrag ermittelt, um so die Stärken und Schwächen einer Volkswirtschaft verdeutlichen zu können.

Eine weitere klassische Domäne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Untersuchungen zur Einkommensverteilung. Bei der funktionalen Einkommensverteilung steht die Lohnquote im Vordergrund, die den Anteil der Arbeitnehmer Einkommen an den insgesamt entstandenen Faktoreinkommen (Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten) angibt. Zentrale Größe der personellen Einkommensverteilung ist das auf die privaten Haushalte nach den Umverteilungsmaßnahmen des Staates (Steuern, Sozialbeiträge, Sozialleistungen) pro Kopf entfallende verfügbare Einkommen. Dieser Indikator gilt einerseits als Maßstab des individuellen Wohlstandes und verkörpert andererseits auch die Nachfragepotentiale seitens der privaten Haushalte.

In diesen analytischen Möglichkeiten liegt politische Brisanz. Somit haben die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine wichtige Signalfunktion für die wirtschaftspolitische Praxis, zum Beispiel bei der Beurteilung der Effizienz politischer Programme.

Darüber hinaus kommt den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch im Rahmen der Europäischen Union (EU) eine herausragende Rolle zu. Wie bekannt, hat die EU zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein eigenes Budget, das sich unter anderem über Geldzuweisungen der Mitgliedstaaten in einem festgelegten Prozentsatz des jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukts finanziert. Zudem ist das Bruttoinlandsprodukt die Referenzgröße für das staatliche Defizitziel und Verschuldungslimit in den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages, der die Hürden für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion definiert. Aufgrund der föderalen Struktur Deutschlands und der damit einhergehenden Mitverantwortung der Länder für den staatlichen Gesamthaushalt gibt es neuerdings Überlegungen, ähnliche Grenzwerte auch als Steuerungsinstrument für die innerstaatliche Finanzpolitik heranzuziehen. Weitere Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU, die zur Abgrenzung der Fördergebiete der EU vielfach auf Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgreifen.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben wegen der räumlichen Verteilung der wirtschaftenden Einheiten (zum Beispiel Betriebe, private Haushalte) stets eine regionale Dimension. Im Prinzip gliedern sich die Nationalstaaten unabhängig von den politischen Systemen in Regionen – wie zum Beispiel Verwaltungsgebiete – auf, so daß letztendlich jedes dieser Teilgebiete seinen Beitrag zum nationalen Ergebnis leistet. So können hinsichtlich der Wirtschaftskraft und der Einkommensverteilung erhebliche räumliche Disparitäten vorliegen, die eine regionale Differenzierung der Wirtschaftspolitik erfordern. Die Überlegungen münden deshalb in der Forderung, daß nicht nur für den Nationalstaat, sondern auch für Regionen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen erstellt werden sollten. Daß in einem föderal organisierten Staat den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund politischer Selbständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen ein besonderer Stellenwert zukommt, ist evident. Deshalb noch einige grundsätzliche Erläuterungen zum Staatsaufbau in Deutschland.

Staatsaufbau in Deutschland

Die staatliche Struktur und Organisation der Bundesrepublik Deutschland basiert auf dem im Grundgesetz verankerten föderalen System (*Übersicht 2*). Für die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland ist der Aspekt ausschlaggebend, daß der Nationalstaat durch den Zusammenschluß der Länder und die Übertragung von Machtbefugnissen von diesen Ländern auf den Bund seine Kompetenz erfährt. Das heißt, daß zur horizontalen Gewaltentrennung des Staates in Exekutive, Legislative und Judikative die vertikale Aufgabentrennung zwischen Bund und Ländern hinzutritt. Entsprechend dem Grundsatz der Subsidiarität reicht die föderale Struktur bis zur kommunalen Selbstverwaltung. Föderalismus bietet im Vergleich zum Zentralstaat mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger.

Dem Grundbedürfnis jedes Menschen, den eigenen Lebensraum so weit wie möglich selbst zu gestalten und die geltende Ordnung mitzubestimmen, entspricht dieses föderale System

am besten. Die Forderung nach Mitbestimmung ist um so stärker ausgeprägt, je näher die Sache am Bürger. Die Subsidiarität, derzufolge Aufgaben von der höheren Instanz nur dann wahrgenommen werden, wenn sie von der unteren nicht besser erfüllt werden können, gewährleistet die Beachtung dieses Anliegens und sichert infolge der unmittelbaren Betroffenheit die höchste Effizienz politischer Entscheidungen. So ist auch die Höhe des Wirtschaftswachstums und die Allokation der Produktionsfaktoren eine zentrale „persönliche“ Fragestellung und politische Basis für die regionale VGR.

Sowohl der Bund als auch die Länder sind mithin Staaten mit eigener Staatsgewalt und eigenem Staatsgebiet. Die Aufgabenbereiche des Bundes und der Länder sind im Grundgesetz konkretisiert.

Soll der politische Prozeß im Bundesstaat rational und effektiv verlaufen, darf es aber kein isoliertes Nebeneinander von Bund, Ländern und Gemeinden geben, sondern es muß ein kooperatives und abgestimmtes Miteinander gewährleistet sein.

Ein weiteres sehr wichtiges Kriterium des Föderalismus ist naturgemäß das Mindestmaß an finanzieller Eigenständigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie können nur dann wirksam politisch handeln, wenn sie über entsprechende Finanzmittel verfügen. Die im Grundgesetz verankerte Finanzverfassung beinhaltet die Ausgaben- und Einnahmeregeln entsprechend der Aufgabenabgrenzung zwischen Bund und Ländern.

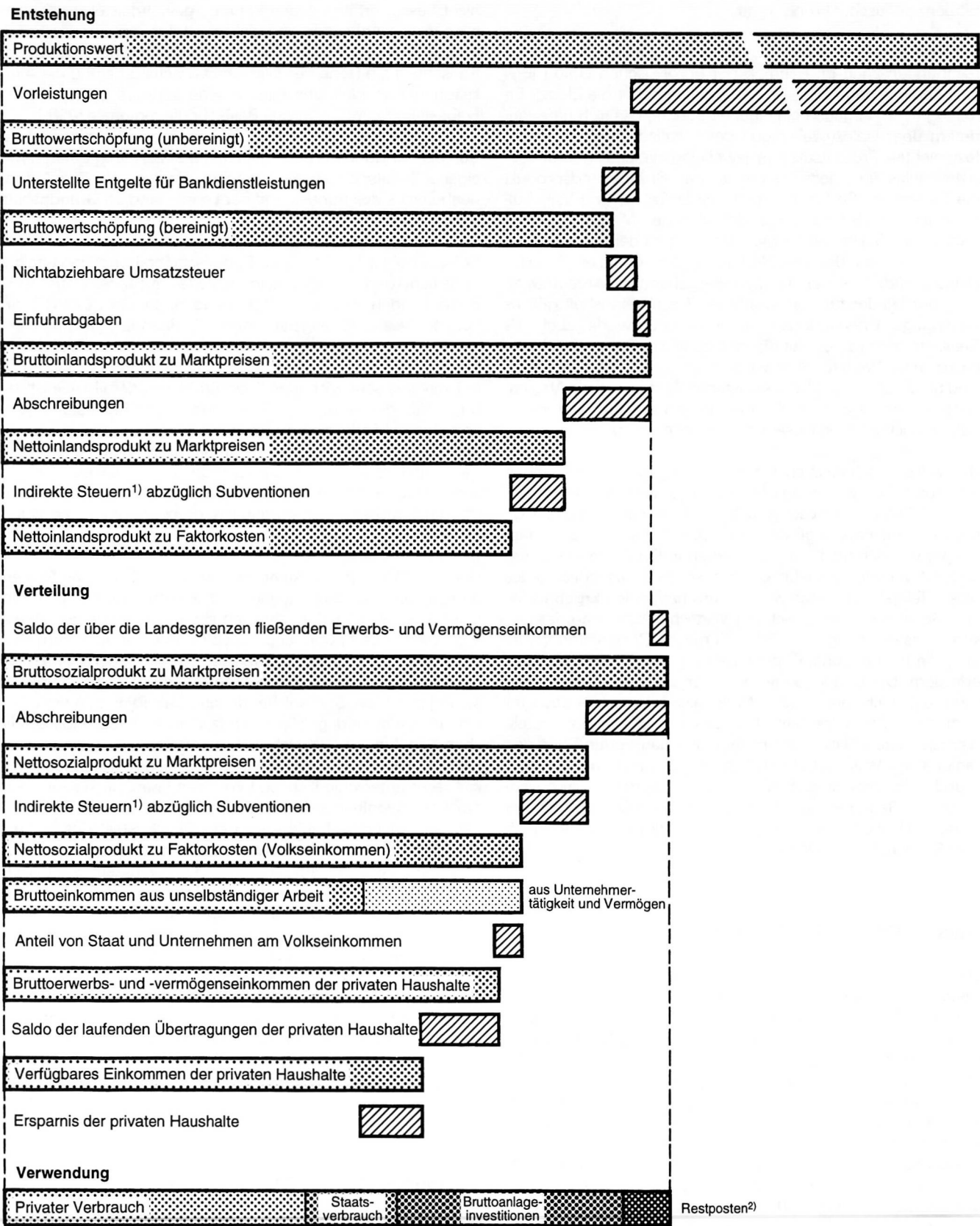
Ganz im Vordergrund steht die Verteilungsfrage des Steueraufkommens. Es gibt Steuern, die ausschließlich dem Bund (zum Beispiel Zölle, Kapitalverkehrsteuern, im allgemeinen die Verbrauchsteuern) oder ausschließlich den Ländern (zum Beispiel Vermögensteuer, Kraftfahrzeugsteuer) oder Bund und Ländern gemeinsam (Einkommen-, Körperschaft-, Umsatzsteuer) zustehen, und solche, die ausschließlich den Gemeinden (Grundsteuer) gehören. Trotz dieser verfassungsrechtlichen Regelungen läßt sich nicht vermeiden, daß die Finanzkraft der Länder je nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit recht unterschiedlich ist. Um einen finanziellen Ausgleich zwischen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Ländern zu erreichen, bedient sich der Bundesstaat des Finanzausgleichs als einem Korrekturinstrument für die unterschiedliche Finanzkraft in den Ländern. Darüber hinaus sind nach dem Grundgesetz die Länder verpflichtet, einen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden durchzuführen.

Die Bundesrepublik Deutschland umfaßt 16 Länder sehr unterschiedlicher – historisch bedingter – Größe und Struktur (*Übersicht 3*). Baden-Württemberg ist das einzige Land, das seine Existenz einer (1951 durchgeführten) Volksabstimmung verdankt. Ein Beispiel, daß auch die föderale Struktur unter nationalen Gesichtspunkten den technischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Veränderungen Rechnung tragen kann.

Regionale VGR als Statistikverbund

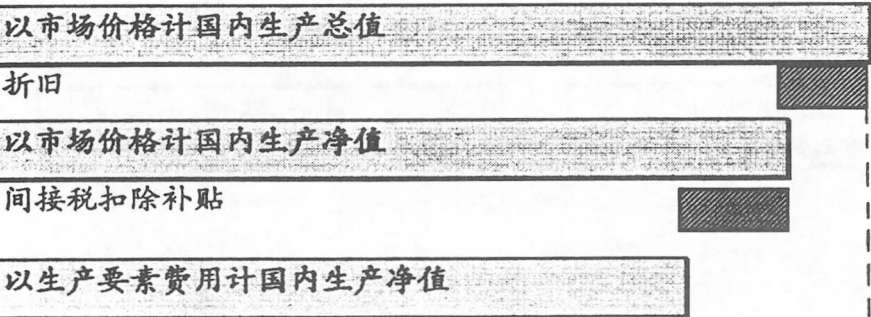
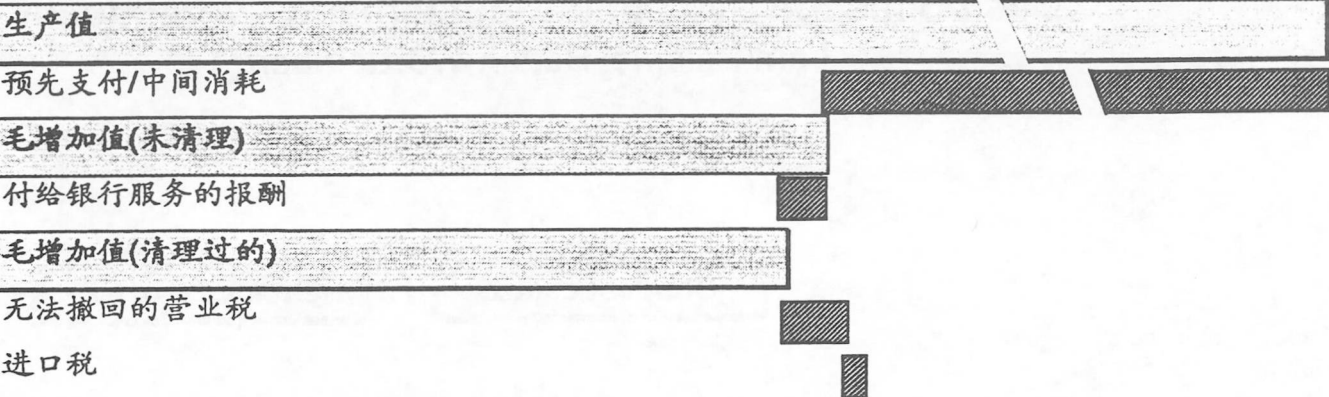
In Deutschland gibt es die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Nationalstaat insgesamt und für alle 16 Länder. Allerdings ist ein einzelnes Bundesland kaum in der Lage, dieses komplexe Rechensystem für sich allein zu erstellen. Vielmehr bedürfen die speziellen Anforderungen der regiona-

Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

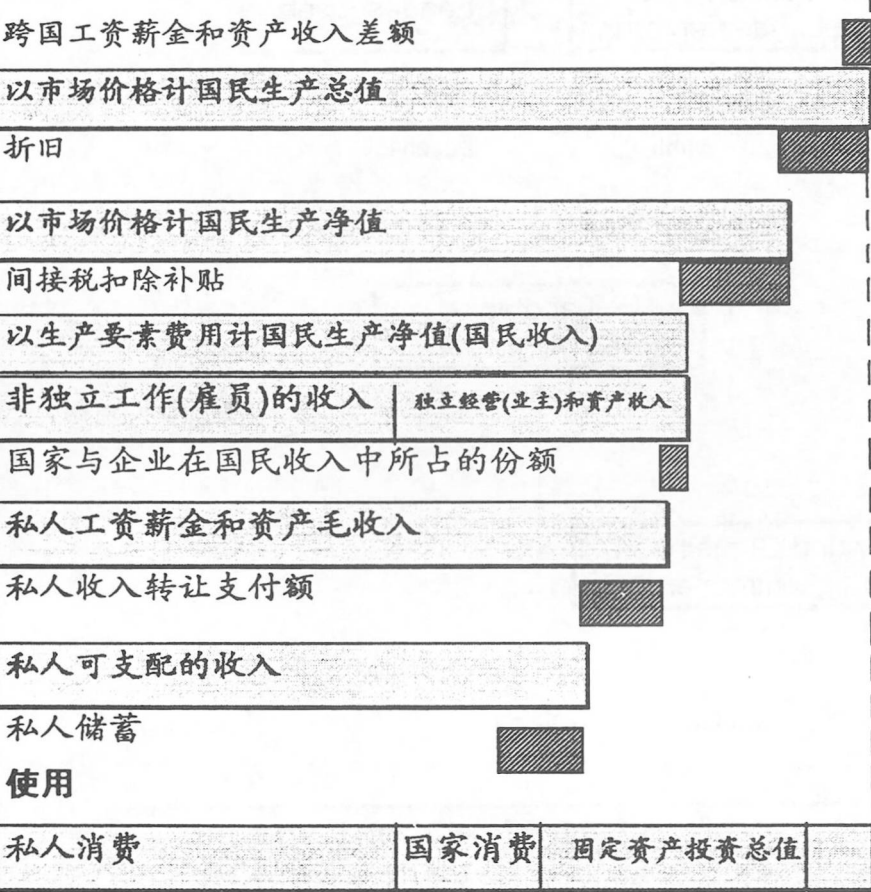


1) Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. – 2) Vorratsveränderung, Außenbeitrag und statistische Differenz.

形成



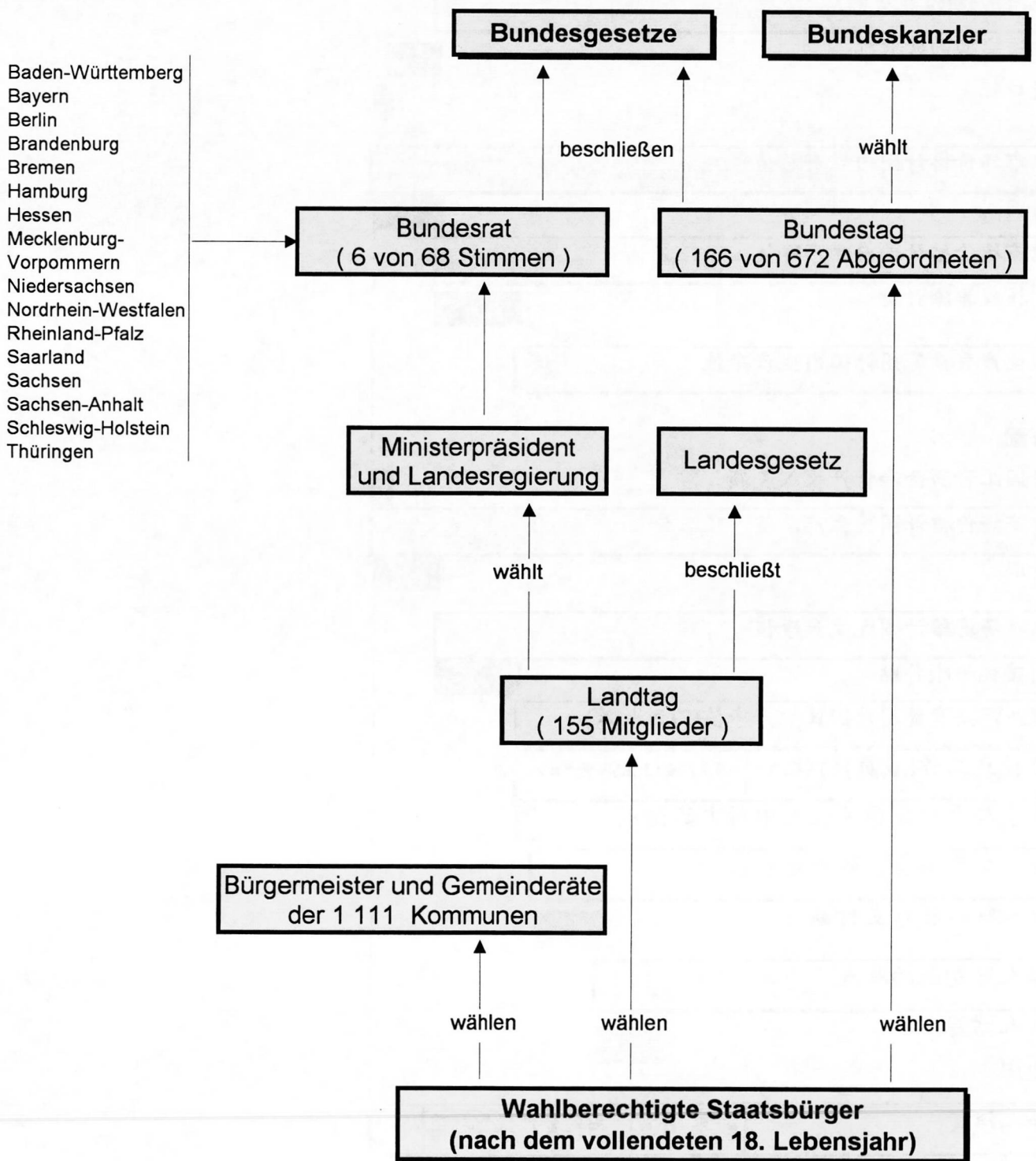
分配



库存变化, 外部费用及统计差异

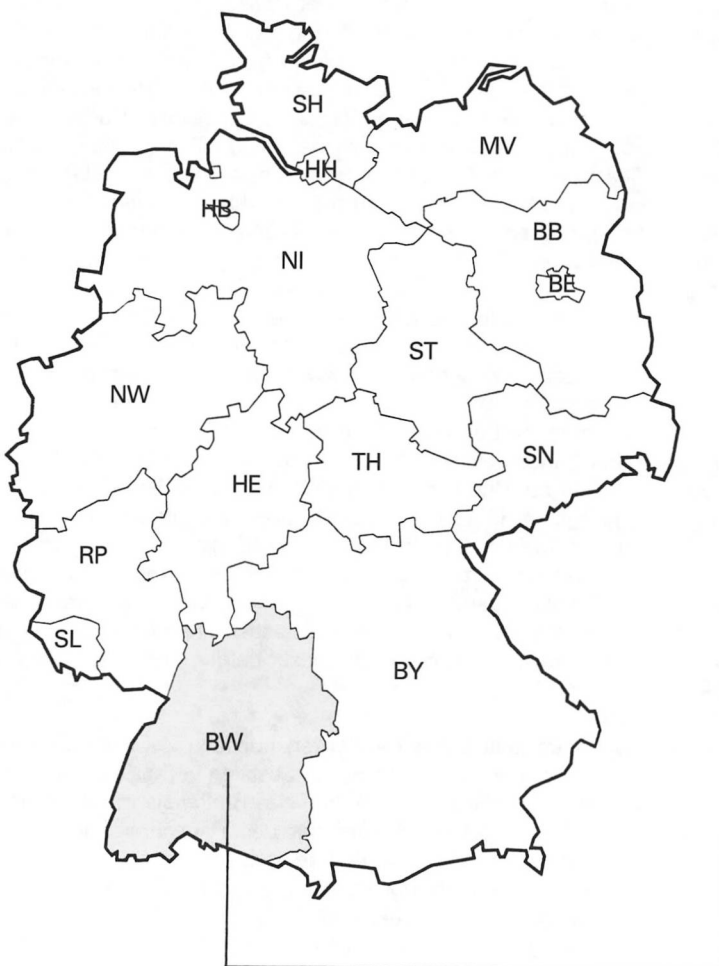
1) 生产税, 非撤回性营业税和进口税

Das politische System in Deutschland - vereinfacht - (am Beispiel Baden-Württemberg)



Bruttoinlandsprodukt und Einwohner 1996

Deutschland:
81,88 Mill. Einwohner
BIP: 3 539 Mrd. DM



	Land (Einwohner) Millionen	BIP Mrd. DM
	Baden-Württemberg (10,34)	510
	Bayern (12,01)	596
	Berlin (3,47)	150
	Brandenburg (2,55)	68
	Bremen (0,68)	39
	Hamburg (1,71)	137
	Hessen (6,02)	343
	Mecklenburg-Vorpommern (1,82)	45
	Niedersachsen (7,80)	315
	Nordrhein-Westfalen (17,91)	788
	Rheinland-Pfalz (3,98)	150
	Saarland (1,08)	44
	Sachsen (4,56)	117
	Sachsen-Anhalt (2,73)	66
	Schleswig-Holstein (2,73)	111
	Thüringen (2,50)	61

len Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – seien es die Datenlage, die Regionalisierungsmethoden und der Arbeitsumfang – eines konzertierten Vorgehens aller Bundesländer. Dies hat die amtliche Statistik in Deutschland sehr früh erkannt und zur Regionalisierung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGR d L) geschaffen.

Legitimiert wurde der Arbeitskreis VGR d L durch einen Beschluß der Leiter der Statistischen Landesämter im Jahre 1954. Grundlage waren zudem Beschlüsse der Finanz- und Wirtschaftsministerkonferenz zu den Inhalten der regionalen VGR in den Jahren 1970 und 1980. Zwischenzeitlich hat die Länderrechnung auch in den Aufgabenkatalog mehrerer Landesgesetze Eingang gefunden – so zum Beispiel in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Sachsen. Neu ist ihre internationale Legitimation. Mit einer Verordnung des Rates der Europäischen Union vom 25. Juni 1996 wird vorgeschrieben, daß alle Mitgliedstaaten der EU nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler Ebene nach Inhalt, Zeit und Raum genau definierte Indikatoren der Gesamtwirtschaft bereitzustellen haben.

Dem Arbeitskreis VGR d L gehören die Statistischen Ämter der Länder, das Statistische Bundesamt und das Amt für Statistik der Stadt Frankfurt am Main an. Dabei nimmt das Statistische Bundesamt vor allem eine beratende Funktion ein und ist mit seinem Rechensystem auf nationaler Ebene das Bindeglied zwischen der internationalen und regionalen VGR. Frankfurt pflegt insbesondere die Verbindung zur Kommunalstatistik.

Bei der Zusammenarbeit innerhalb des Arbeitskreises VGR d L wird der Grundsatz der Arbeitsteilung praktiziert: Die Sachaufgaben sind in sogenannte Koordinierungsbereiche untergliedert, deren Bearbeitung auf die Bundesländer so aufgeteilt ist, daß jedes Land die von ihm übernommenen Rechenbereiche für alle Länder eigenständig abwickelt. Diese Spezialisierung bietet die Gewähr dafür, daß auf regionaler Ebene

- die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für alle Länder einheitlich, das heißt nach denselben Methoden und auf der Basis identischer Datenquellen, durchgeführt werden und damit die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit der gesamtwirtschaftlichen Indikatoren gegeben ist,
- trotz der außergewöhnlich großen Menge und Vielfalt der zu verarbeitenden Daten sowie der Vielzahl der Rechenmethoden sich der Arbeitsumfang bei den Ländern in Grenzen hält und dennoch die geforderte Aktualität der Ergebnisse erreicht wird,
- dem Datenkonsumenten ein hoher Qualitätsstandard geboten werden kann,
- in der wissenschaftlichen Diskussion um die Weiterentwicklung der Regionalisierungsmethoden und des Datenangebots hohe Fachkompetenz und laufend Fortschritte erzielt werden.

Einem Land – seit 1972 ist es Baden-Württemberg – obliegt das Management des Arbeitskreises VGR d L. Es sieht seine Aufgabe insbesondere darin, Ziele und Anregungen in den Arbeitskreis hineinzutragen sowie in der Meinungsbildung einen möglichst weitreichenden Konsens zu erzielen. Zudem sorgt es für eine effektive Ablauforganisation, aggregiert die Teilergebnisse zum Gesamtindikator und führt die Abstimmung

der Länderergebnisse auf das Bundesergebnis durch. Ferner ist es das zentrale Auskunftsgremium für alle länderübergreifenden Datenanfragen.

Vorsitzender des Arbeitskreises ist der Präsident des federführenden Statistischen Landesamtes. Er vertritt den Arbeitskreis nach außen und leitet Planungen, Arbeiten und gemeinsame Veröffentlichungen entsprechend der Zielsetzung des Arbeitskreises in Absprache mit seinen Amtsleiterkollegen und den wichtigsten Nutzern der Ergebnisse.

Regionalisierungsprinzipien gesamtwirtschaftlicher Indikatoren

Prinzipiell stehen den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zwei Methoden zur Verfügung, gesamtwirtschaftliche Indikatoren abzuleiten. Die eine Methode besteht darin, daß vom Einzelmateriale der statistischen Beobachtungseinheiten ausgegangen wird und durch Addition der Merkmale über alle Wirtschaftssubjekte bzw. Institutionen der gesamtwirtschaftliche Indikator gewonnen wird. Beispielsweise ergibt sich so in einzelnen Wirtschaftsbereichen durch Addition der betriebs-/unternehmensindividuellen Angaben über Gesamtumsatz, Bestandsveränderungen, selbsterstellten Anlagen und Vorleistungen (zum Beispiel Materialverbrauch) die gesamte Wertschöpfung in den betreffenden Wirtschaftsbereichen. Diese direkte Methode stellt allerdings sehr hohe Ansprüche an die Datenverfügbarkeit. Praktiziert wird sie vor allem im Produzierenden Gewerbe, das mit Basisstatistiken vergleichsweise gut ausgestattet ist. Die zweite Methode geht vom gesamtwirtschaftlichen Aggregat auf Bundesebene aus und bricht es mittels einer geeigneten Schlüsselgröße auf die Länderebene herunter. Diese indirekte Methode muß in den Wirtschaftsbereichen angewandt werden, in denen die Datenlage nur auf Bundesebene eine differenzierte Berechnung der Aggregate zuläßt. Hiervon ist vor allem der Dienstleistungsbereich betroffen. Die Bruttowertschöpfung im Wirtschaftsbereich Verkehr zum Beispiel wird länderweise über den Schlüssel der vorliegenden Beschäftigtenangaben auf die Bundesländer verteilt. Je nach den basisstatistischen Gegebenheiten kann auch eine Kombination dieser beiden Verfahren angeraten sein.

Allerdings gelten diese Verfahren nur für die Originärberechnung, die sehr detaillierte Basisstatistiken voraussetzt und damit erst zwei Jahre nach Ablauf des Berichtsjahres vorliegen kann. Die Zwischenzeit wird mit den Fortschreibungen, die sich auf symptomatische Reihen stützen, überbrückt. Die populärste Fortschreibung ist die sogenannte Schnellrechnung des Bruttoinlandsprodukts, die anhand der Umsatzentwicklung schon zu Jahresbeginn eine erste Berechnung für die globale Wirtschaftsentwicklung des abgelaufenen Jahres liefert.

Es gibt Bereiche, in denen die Ländermethode von der Bundesmethode aus regionalstatistischen Gründen und/oder mangels geeigneter Daten abweicht. Dadurch ist vorprogrammiert, daß die Ländersumme nicht exakt den Bundeswert ergibt. Mit der proportionalen Aufteilung der rechnerischen Abweichung auf die Länder wird erreicht, daß die Länderaggregate in der Summe schließlich mit dem Bundeswert übereinstimmen. Dieser erforderliche Abstimmungsprozeß hat in der Praxis die Konsequenz, daß die regionale VGR nur mit einer zeitlichen Verzögerung zur nationalen VGR abgeschlossen werden kann.

Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern 1994

Land	Einwohner	BIP	BIP/Einwohner
	1 000	Milliarden \$	\$
Deutschland	81 539	2 046	25 093
Brasilien	161 790	557	3 440
China	1 210 000	508	420
Cuba	10 862	12	1 059
Frankreich	57 217	1 329	23 219
Großbritannien	58 900	1 020	17 309
Italien	57 139	1 018	17 812
Kambodscha	9 683	1	92
Kanada	29 463	544	18 462
Schweden	8 816	197	22 300
USA	263 250	6 650	25 260

Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern 1994

Land	Einwohner	BIP	BIP/Einwohner
	1 000	Milliarden \$	\$
Baden-Württemberg	10 272	295	28 719
Belgien	10 131	228	22 499
Dänemark	5 216	144	27 552
Griechenland	10 280	96	9 301
Österreich	8 040	198	24 642
Portugal	9 888	87	8 798
Schweden	8 816	197	22 300
Schweiz	7 202	257	35 728
Ungarn	10 115	41	4 090

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Probleme und Herausforderungen der regionalen VGR

Unabhängig von den klassischen Fragen an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – wie etwa ihrer Eignung zur Messung der Wohlfahrt eines Landes – hat die regionale VGR ihre eigenen Grenzen. So sieht sich die deutsche regionale VGR trotz nationaler und internationaler Anerkennung immer wieder im Spannungsfeld zwischen dem statistisch Machbaren und qualitativ Vertretbaren einerseits und den wesentlich differenzierteren Wünschen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft andererseits. Vielfach orientieren sich die Datenkonsumenten an dem kompletten Kontensystem der nationalen VGR, das in dieser Vollständigkeit und Tiefe in der regionalen

VGR allerdings nicht umsetzbar ist. Vor allem sind es die Probleme der Datenverfügbarkeit und der Datenqualität, die die Regionalisierbarkeit gesamtwirtschaftlicher Aggregate entgegenstehen, zum Beispiel bei vielen zentralstaatlichen Aktivitäten. Außerdem sind die Regionen keine in sich geschlossenen Wirtschaftsgebiete, wie man es von der nationalen VGR kennt. Ein kompletter Nachvollzug des Wirtschaftskreislaufes auf regionaler Ebene würde zum Beispiel erfordern, daß zusätzlich zu den „echten“ Auslandsverflechtungen auch die Güter- und Leistungsströme zwischen den Regionen erfaßt werden müßten. Allerdings liegen darüber keine Informationen vor. Daraus folgt, daß in der regionalen VGR der komplette Außenbeitrag nicht nachgewiesen werden kann. Insofern ist die regionale VGR ein offenes System. Die Möglichkeit einer kreislaufmäßigen Abstimmung zur Plausibilisierung der Ergebnisse fehlt. An die regionale VGR können deshalb nicht dieselben Qualitätsmaßstäbe wie an die nationale VGR angelegt werden.

Erschwerend kommt hinzu, daß wichtige VGR-relevante Erhebungen nur als Stichprobe (zum Beispiel Kostenstrukturhebung) vorliegen oder nur im Rahmen gesetzlich fixierter Abschneidegrenzen (zum Beispiel Jahres- einschließlich Investitionserhebungen, Monatsberichte im Produzierenden Gewerbe) durchgeführt werden. Folglich stellt sich schon beim Ausgangsmaterial in der tiefen sektoralen Gliederung das regionale Repräsentanzproblem. Weitere Unsicherheiten hinsichtlich der Datenqualität bergen die vor allem im Dienstleistungssektor sehr oft praktizierten Schlüsselungsverfahren in sich. Diese Probleme nehmen natürlich zu, je kleiner die regionalen Einheiten sind.

Daher beschränkt sich in Deutschland die regionale VGR auf die Kernaggregate der Drei-Seiten-Rechnung. Hinsichtlich der sektoralen Veröffentlichungstiefe kann bei weitem nicht der Umfang der nationalen VGR geleistet werden (nationale VGR bis zu 60, dagegen regionale VGR im allgemeinen nur bis 11 Wirtschaftsbereiche). Gleichwohl erfüllt die regionale VGR im wesentlichen die in sie gesetzten Erwartungen.

Der Europäische Binnenmarkt hat die deutsche regionale VGR erheblich verändert. Im Mittelpunkt steht hierbei die europaweite Harmonisierung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren bis auf die regionale Ebene. Diesem Ziel dient die rechtsverbindliche Vorgabe des neuen nationalen und regionalen ESVG für alle EU-Mitgliedstaaten. Bis zur Jahrtausendwende müssen die Umstellungsarbeiten abgeschlossen sein. Dieses System stimmt im wesentlichen mit dem SNA 1993 der UNO überein. Nach Abschluß der Harmonisierung stehen künftig für 370 Millionen Menschen in Europa vergleichbare Indikatoren auf Länderebene zur Verfügung. Die Bedeutung der nationalen und regionalen Volkswirtschaft Deutschlands und seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist aus der Übersicht 4 leicht zu erkennen.

Dr. Eberhard Leibing / Dr. Berthold Fischer